

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Hannelore,

recht herzlichen Dank für deine Rede, die der Sozialdemokratie aus dem Herzen gesprochen hat. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Mit den Themen, die Du angesprochen hast, hast Du gezeigt, worum es uns geht: um eine solidarische Gesellschaft, um eine Gesellschaft miteinander. Wir sind stolz darauf, dass du Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen bist.

Doch eines ist richtig, Hannelore: Berlin ist auch deine Hauptstadt und die Hauptstadt der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Insofern alles Gute und viel Erfolg bei der schwierigen Aufgabe. Wir wissen, es ist noch nicht alles geregelt in Nordrhein-Westfalen, da muss noch einiges passieren, aber Du hast nicht nur den Namen, sondern Du hast die Kraft, es mit den anderen zu gestalten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich freue mich, dass wir hier sind im Seminaris Campus-Hotel bei der Freien Universität. Das unterstreicht, dass Berlin eine Wissenschaftsstadt ist. Wir sind stolz auf die guten Universitäten und besonders stolz auf die Freie Universität, die eine lange, eine gute Tradition hat, und mit diesem Gebäude hat sie bewiesen, dass sie sich auch der Zukunft stellt. Deshalb die Grüße an die Freie Universität, stellvertretend für alle Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen dieser Stadt.

Ich möchte mich der ausdrücklich herzlichen Begrüßung unserer polnischen Freundinnen und Freunde anschließen. Lieber Dariusz, du als Leiter dieser Delegation unserer Schwesterpartei, dem Bund der Demokratischen Linken, SLD, aus Westpommern, herzlich willkommen in Berlin! Wir brauchen eine aktive und solidarische Partnerschaft mit unserem Nachbarland Polen, und Ihr repräsentiert Euer Land in hervorragender Art und Weise. Wir wünschen Euch alles Gute bei den bevorstehenden Wahlen am 21. November für den Regional- und Kommunalbereich.

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie in Polen. Alles Gute und viel Erfolg für euren Wahlkampf, der vor Euch liegt.

Und liebe Genossinnen und Genossen, es ist schön, dass wir wieder einen Landesparteitag gemeinsam begehen können! Und jetzt fangen wir weiter an, gemeinsam an der Sache zu arbeiten. Und das Motto ist, man sieht es hier überall schon, *Berlin miteinander*.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Berlinerinnen und Berliner, das ist das Motto, mit dem die Sozialdemokratie in die Herausforderung gehen wird. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten von der Politik die Lösung ihrer Probleme, und genau daran arbeiten wir, die Sozialdemokratie in dieser Stadt!

Unsere Arbeit ist erfolgreich. Wir können stolz auf das Erreichte zurückblicken. Wir haben euch auch eine Leistungsbilanz vorgelegt. Wenn man die liest, dann wird man beeindruckt sein von dem, was sich hier alles ereignet hat. Ich glaube, dass hier eine Basis dafür da ist, um Vertrauen zu gewinnen für zukünftige Aufgaben. Und nicht nur zurück zu schauen, sondern auch nach vorne zu schauen und deutlich zu machen, worauf wir auch in den nächsten fünf Jahren aufbauen wollen in der nächsten Legislaturperiode.

Wir müssen uns natürlich erinnern an das Jahr 2001: Es lag ein Mehltau über Berlin, ein Gefühl der Stagnation, und Richtungslosigkeit machte sich breit. Das konnte man spüren, und das war nicht nur durch die Bankenkrise, sondern das kam durch eine verfehlte Politik, die hier in Berlin deutlich zu spüren war. Die Berliner Wirtschaft hat einen dramatischen Strukturwandel hinter sich gebracht. Der Verlust von Zehntausenden von industriellen Arbeitsplätzen ging einher mit unglaublichen sozialen Verwerfungen. Die öffentliche Verschuldung war stark gestiegen. Ich darf daran erinnern, dass wir Defizite hatten in einer Größenordnung von weit über fünf Milliarden, Tendenz steigend. Die Verschuldung drohte in den Szenarien auf fast hundert Milliarden Euro anzuwachsen. Das war die Situation, in der wir uns befanden

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

haben. Zugleich zerplatzte mit der Krise der Bankgesellschaft auch alle halbsbrecherischen Träume und Visionen der 90er Jahre, die völlig jenseits jeder realistischen Einschätzung lagen.

Wir haben damals gesagt: *Diese Stadt braucht einen Mentalitätswechsel, und zwar auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, weil sich alle eingerichtet haben auf eine Insel- und Subventionsmentalität.*

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr könnt euch noch erinnern: Auch in unseren eigenen Kreisen war es überhaupt nicht einfach, diesen Wechsel herbei zu führen. Aber wir haben erkannt, dass er alternativlos ist. Deshalb sind wir mutig vorangegangen, haben uns erst mal selber reformiert und dann die ganze Stadt. Darauf sind wir stolz und können stolz sein!

Und es war auch erfolgreich. Das konnte man am Anfang nicht sehen. Die Frage, wo das Licht am Ende des Tunnels ist, war doch eminent! *Lohnt es sich überhaupt, einen Strukturwandel zu machen? Ist es nicht eine mission impossible, hier etwas in Ordnung zu bringen? Können wir das alleine?* Ja, liebe Genossinnen und Genossen! Wir können das alleine – nicht alleine als Politik, sondern alleine auch als Stadt mit den Menschen zusammen schaffen. Das war die Aufgabe, die vor uns lag.

Wenn wir heute durch die Stadt gehen und sehen, welche Dynamik in dieser Stadt steckt, was passiert ist in den letzten Jahren, wie sich diese Stadt verändert hat, wie Neues entstanden ist, wie sich in allen Bereichen eine Kreativität entwickelt hat, dann können wir doch wirklich sagen, es ist unheimlich viel geleistet worden! Das hat man dieser Stadt nicht zugetraut. Das hat man auch dieser rot-roten Koalition nicht zugetraut. Wir haben alle Lügen gestraft, die uns das nicht zugetraut haben. Wir haben diese Stadt aufgebaut und wesentlich verändert.

Wie sind wir belächelt worden, als wir gesagt haben: *Berlin muss die Stadt der Kreativen werden! Berlin muss die Stadt der Mode werden!* Da haben alle gesagt:



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Habt ihr ein Rad ab? Das kann nie funktionieren, das sind Wunschträume! Und heute? Wir haben geschafft, dass Berlin die Hauptstadt der Kreativität geworden ist. Nicht nur, dass wir Preise dafür bekommen, sondern dies ist ein harter Wirtschaftsfaktor. Da werden Hunderttausende von Arbeitsplätzen generiert. Das ist nicht nur *nice to have* und schön, sondern das bringt Produktivität und Arbeitsplätze in diese Stadt.

Wir haben auf die Gesundheitswirtschaft gesetzt und auch auf Dienstleistung. Dienstleistung war etwas Verpöntes! Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen Arbeitsplätze auch im Dienstleistungsbereich. Das ist auch eine Zukunft für eine große, internationale Metropole. Wir brauchen einen Mix von industriellen und Dienstleistungsarbeitsplätzen. Wir können stolz darauf sein, dass wir im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der Dienstleistung auch dort allein zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen haben – eine großartige Leistung. Wir haben auch auf Neuansiedlung gesetzt, beispielsweise auf die Ansiedlung von Pfizer, die von Karlsruhe nach Berlin gekommen sind, oder Universal, oder Solon und anderen Unternehmen. Die haben deutlich gezeigt, dieser Standort ist attraktiv, und immer mehr Unternehmen erkennen, dass es für sie selber wichtig und notwendig ist, in Berlin zu investieren und hier ihre Zukunft zu sehen und zu gestalten. Deshalb können wir zufrieden sein, dass viele Unternehmen in den vergangenen Jahren gesagt haben: *Wir siedeln uns bewusst in Berlin an.* Ohne diese Tatkraft, diesen Mut und Kenntnissgewinn bei den Unternehmen hätte es den Aufschwung in Berlin nicht gegeben.

Da steht es: Allein in den letzten vier Jahren seit 2006 sind 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Liebe Genossinnen und Genossen, wir versprechen keine Arbeitsplätze, wir schaffen Arbeitsplätze in dieser Stadt!

Berlins Wirtschaft wächst wieder, Gott sei Dank! Die Wissenschaft ist in Berlin zum Leuchtturm geworden. Allein seit 2006 haben wir 7.000 neue Studienanfängerplätze



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

bereitgestellt, und es wurden seit 2001 mehr als 450 Professorenstellen neu geschaffen!

Wir haben gesagt, wir machen beides im Bereich der Wissenschaft: wir investieren erstens in ein breites Angebot für Studienanfänger. Wir können nicht den Lehrermangel bemängeln, wenn wir nicht vorher genügend Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung stellen. Aber wir wollen zweitens auch, dass Berlin zur Exzellenzstadt wird in Wissenschaft und Forschung, um zukunftsfähig zu sein. Deshalb war es richtig, dass Jürgen Zöllner auch gegen massive Widerstände Einzelner die Einstein Stiftung durchgesetzt hat. Das war nicht gegen die Universitäten, nicht gegen die Einrichtungen, sondern das war für eine Flexibilität in einem Wissenschaftsbereich, der auch manchmal ein schwerer Tanker ist. Wir brauchen diese Flexibilität! Wir brauchen dieses Bekenntnis zur Exzellenz. Jürgen Zöllner ist mutig vorangegangen und es ist schon jetzt erfolgreich und wird noch erfolgreicher werden! Jürgen, bleib bei diesem Kurs!

Manche sagen nun, es passiert zu wenig. Na ja, das kann man als Opposition natürlich immer sagen. Aber ist denn das wirklich auch das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger, der Berlinerinnen und Berliner, wenn sie durch ihre Stadt gehen? Im Gegenteil! Wir haben hier doch alle zusammen fast 20 Jahre lang auf einer riesigen Baustelle gelebt! Und wenn ich montags früh ins Präsidium komme und Hannelore sagt: *Sage mal, bei euch ist ja schon wieder eine Straße in Arbeit, eine neue Brücke wird da gebaut!*, dann sage ich: *Ja, tut mir leid, aber das ist ein Zeichen von Wachstum, dass wir investieren in die Zukunft.* Investieren, ohne dass es einer merkt, das geht selbst in dieser Stadt Berlin nicht!

Vielleicht könnte man ja, wenn man das alles so miterlebt, vor allem, wenn man auch Gäste aus dem Ausland bekommt oder aus anderen Regionen Deutschlands, die sagen: *Mensch, was hat sich hier in dieser Stadt doch alles toll entwickelt!*, vielleicht könnte man da ja mal im Stillen Kämmerlein sagen: *Na, da kann man doch nicht meckern!*

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Zum Erreichen zählt auch, dass wir in Berlin zur Hauptstadt der Familien und Kinder geworden sind. Berlin steht bundesweit an der Spitze, wenn es um die Versorgung mit Kitaplätzen geht. Allein seit 2001 haben wir zusätzlich 14.000 Krippen- und Kitaplätze geschaffen. Derzeit stellen wir unter enormen finanziellen Kraftanstrengungen 1.800 neuen Erzieherinnen und Erzieher ein, und das alles ohne Bildungsgebühren, sei es in der Kita oder an den Universitäten. Wir sind alle gemeinsam stolz darauf, dass wir für Kitas ab dem 1. Januar keine Gebühren mehr haben. Das entlastet die Familien in dieser Stadt, und das ist auch ein aktiver Beitrag für die Familien mit mittleren Einkommen. Die dürfen wir auch nicht vergessen bei allen sozialen Leistungen, die wir machen. Auch denen geht es nicht gut! Auch die brauchen eine Entlastung! Und dafür stehen wir als SPD.

Schauen wir mal kurz nach Hamburg, zur dortigen Schwarz-Grünen Koalition: Dort gibt es nicht nur nachgelagerte Studiengebühren, sondern es wurden auch gerade die Kitagebühren erhöht. Das ist eine fatale Politik einer Schwarz-Grünen Regierung, und auch daran soll man sich mal orientieren, wenn man bestimmte Bündnisse so toll findet. Hier wird deutlich, was dabei rauskommen kann.

Wir als SPD stehen ganz eindeutig zur Gebührenfreiheit für Bildung, und zwar in allen Bereichen. Dies ist durchgesetzt worden, das war nicht leicht! Es war ja bei uns auch ein bisschen umstritten: *Ist es richtig, das zu machen? Sollten wir nicht vorher in die Qualität investieren?* Ja, liebe Genossinnen und Genossen, es ist aber keine Alternative. Man muss beides machen! Und wir haben bewiesen, dass auch beides geht. Das ist die sozialdemokratische Antwort darauf!

Ich habe mich gefreut, dass mehr als 90% der Berlinerinnen und Berliner sagen, dass sie gerne in ihrer Stadt leben. Auch das war nicht immer so. Da war manchmal doch auch eine ganz schöne Distanz zu spüren. Wir freuen uns darüber, dass immer mehr Menschen auch in diese Stadt kommen.

Neulich war der Bundespräsident Wulff da, zum Antrittsbesuch hier in Berlin. Und was hat er formuliert? *Die Entwicklung Berlins ist atemberaubend!* Das ist doch eine

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

schöne Bestätigung unserer sozialdemokratischen Politik von einem ehemaligen Ministerpräsidenten der CDU aus Niedersachsen. Ja, er hat Recht: Diese Stadt ist atemberaubend, und zwar atemberaubend schön!

Gerade am 3. Oktober haben wir *20 Jahre Einheit* gefeiert, und im letzten Jahr haben wir uns an *20 Jahre Mauerfall* am 9. November 1989 erinnert. Das war ein bewegender Moment letztes Jahr. Die Emotionalität hängt in Berlin sehr stark mit dem Mauerfall zusammen. Es ist doch ein Riesenerfolg, dass wir heute wie selbstverständlich über Berlin reden, und nicht mehr über Ostberlin oder Westberlin. Und dieses Berlingefühl vertritt die Sozialdemokratie als einzige Partei in dieser Stadt! Alle anderen setzen einseitig auf eine Karte.

So soll sich Berlin auch künftig entwickeln. Die Grundlagen sind in den letzten zehn Jahren geschaffen worden. Die Stadt soll nicht durch waghalsige Experimente und undurchdachte Visionen in die Zeit von vor 2001 zurückfallen. Das ist unsere Leitlinie, und dafür werden wir stehen. Wir werden eine realistische Politik für alle Menschen in dieser Stadt machen – nicht nur für eine einzelne Klientel, sondern für die ganze Stadt! Jeder ist hier willkommen und jeder wird mit uns auf den Weg genommen in eine bessere Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen.

Und dabei kämpfe ich für ein neues Miteinander in Berlin, ein neues Miteinander für die ganze Stadt. Wir als SPD betrachten Lichtenberg, Neukölln und Schöneberg und natürlich die ganzen anderen Bezirke nicht als Einzelbezirke, sondern als Teile *einer* Stadt, die zusammenhalten sollen. Berlin hat eine sehr starke Kiezstruktur und Berlin unterscheidet sich. Wir wollen diese Vielfalt auch haben und leben. Das ist für den Senat oft sehr schwierig, weil es da auch Interessenskonflikte gibt, aber ich sage auch ganz deutlich: Wir bekennen uns zu dieser Zweigliedrigkeit der Verwaltung in Berlin. Ohne starke Bezirke würde es kein starkes Berlin geben, liebe Genossinnen und Genossen.

Mit uns wird es aber vor allen Dingen keine Klientelpolitik geben, sondern eine Politik der Solidarität. Wir wollen nicht, dass eine Politik der Ellenbogen und des Egoismus



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

in Berlin eine Chance hat. Ich will weiter Verantwortung für das ganze Berlin tragen und nicht nur für Teile dieser Stadt. Das ist die sozialdemokratische Idee von einer solidarischen Stadt.

Unser Zukunftsentwurf lautet, dass wir eine offene Stadt wollen, dass wir Spaltung bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt stärken wollen. Berlin ist reich an Ideen, aber diese Ideen müssen auch umgesetzt werden, und dabei braucht man eben auch harte Arbeit und Durchsetzungskraft. Nehmen wir nur das Beispiel Tempelhof: Es war richtig, den Flughafen zu schließen und zehntausende Berlinerinnen und Berliner vom Fluglärm zu entlasten. Dafür mussten wir hart kämpfen!

Ist es heute nicht schön anzuschauen, wie der Tempelhofer Park mittlerweile zu einem Magnet für die Berlinerinnen und Berliner geworden ist? Wie selbstverständlich sie endlich die Chance haben, sich dieses Areal mitten in der Stadt selbst zu erobern, ohne dass man ihnen etwas vorschreibt? Sie gehen dorthin. Sie machen dort, was ihnen Spaß macht. Eine riesige Erfolgsgeschichte, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wir sehen, wie das komplizierte und komplexe Gebäude des Flughafens attraktiv ist für Messen und Veranstaltungen ist. Es ist dort ein Anziehungspunkt entstanden. Und könnt ihr euch noch erinnern, was da für eine Aufregung war über die Modemesse *Bread and Butter*? Ja, Gott sei Dank haben wir die Entscheidung getroffen für *Bread and Butter* an diesem Standort! Auch da sind Tausende Arbeitsplätze entstanden, liebe Genossinnen und Genossen, auch das ist eine riesige Erfolgsgeschichte! Aber wir haben dazu gestanden, während sich andere in die Büsche geschlagen haben, als Widerstand kam. Und das ist der Unterschied: Man kann nicht im Parlament dafür stimmen, Tempelhof zu schließen und anschließend, wenn der erste Bürgerprotest da ist, dann auf einmal von seiner vorigen Entscheidung nichts mehr wissen wollen! Hier muss man stattdessen mutig vorangehen und die Bürgerinnen und Bürger auch überzeugen. Und wir haben sie überzeugt, dass die Entscheidung richtig war, und das Volksbegehren ist deshalb gescheitert.

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Und es ist doch irgendwie merkwürdig, dass heute dieselben, die für die Offenheit und für Tempelhof gestimmt haben, sagen: *Ist doch ein Skandal, dass ein Flugzeug über diese Stadt fliegt!* Ja, liebe Genossinnen und Genossen, genau deshalb haben wir Tempelhof geschlossen!

Dieses Beispiel zeigt: Eine Metropole wie Berlin zu regieren, das geht nicht im Schlafwagen. Da muss man sich vielen Kämpfen stellen und sie vor allem auch gemeinschaftlich austragen. Da ducke ich mich nicht weg und da duckt sich die gesamte SPD nicht weg.

Auch beim Flughafen Willy Brandt werden wir nicht wackeln, und nicht nur, weil dieser Flughafen Willy Brandt heißen wird. Ich glaube, das würde nicht nur ihn freuen, das freut vor allem seine Söhne und alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben: eine würdevolle Ehrung für unseren großen ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundeskanzler Willy Brandt.

Dieser Flughafen ist nicht nur wichtig dafür, dass diejenigen, die kommen und gehen wollen, schnell und modern in die Stadt kommen. Dieser Flughafen ist wichtig dafür, dass Arbeitsplätze hier entstehen! Und die Prognosen mit 40.000 neuen Arbeitsplätzen sind keine Phantasieprognosen. Wir sehen heute schon den Sog, der dadurch ausgelöst wird, so dass klar ist, dass dieser Flughafen unumkehrbar gebaut wird. Ja, und auch weil es heute Protest gibt, sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Dieser Flughafen wird vollendet werden. Er muss vollendet werden! Dazu gibt es keine Alternative. Die Sozialdemokratie steht zu diesem großen, wichtigen Infrastrukturprojekt, liebe Genossinnen und Genossen.

Dieser Flughafen muss auch wirtschaftlich ein Erfolg werden, und wir haben steigende Fluggastzahlen – Gott sei Dank. Auch das unterscheidet uns von anderen Parteien: Ich sage hier eindeutig, ich werde keine Politik mitmachen, die bewusst den Flugverkehr reduziert, was Gäste abhält, nach Berlin zu kommen. Wir haben die Fluggastzahlen in den letzten zehn Jahren verdoppelt! Wir können dieses Jahr über 22 Millionen Passagiere hier begrüßen. Als wir angefangen haben, waren das mal



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

unter 10 Millionen. Eine beispiellose Erfolgsgeschichte! Und das ist nicht nur ein Berauschen an den Zahlen, sondern die Menschen, die hierher kommen, lassen auch Geld in dieser Stadt! Die Tourismuszahlen sind hochgegangen. Erstmals werden wir über 20 Millionen Übernachtungen haben. Als wir den *Runden Tisch Tourismus* gegründet haben, haben alle gesagt: *Ihr spinnt ja! Für Tourismus muss man sowieso keine Werbung machen!* Aber ja! Es war gut, dass wir uns mit der Wirtschaft zusammengesetzt haben, um Tourismus zu fördern. Riesige Potenziale an Arbeitsplätzen sind dadurch entstanden und geschaffen worden. Deshalb ist der Flughafen wichtig! Ohne Flughafen kommen die Leute nämlich nicht zu uns, ganz einfach und ganz simpel! Da muss man Farbe bekennen: Will man eine Prosperität dieser Stadt haben, oder will man es nicht? Wir sagen: *Wir wollen, dass diese Stadt wirtschaftlich weiter wachsen kann*, und dazu brauchen wir die Infrastruktur.

Es ist ja schon komisch, wer jetzt plötzlich mit dem Flughafen in Schönefeld nichts mehr zu tun haben will. Die Erinnerung ist ja offensichtlich doch ein sehr flüchtiges Gut. Deshalb für diejenigen, die es nicht mehr in Erinnerung haben: Es war die Diepgen-CDU, die den neuen Flughafen dort haben wollte. Die SPD war immer für den Standort im brandenburgischen Sperenberg, weil wir wussten, dass damit auch Menschen belastet werden, und zwar mehr belastet werden, als in Sperenberg. Und unsere lieben Grünen, wofür waren die eigentlich? Die haben sich für die Lurche eingesetzt, dort in Sperenberg, und haben deshalb gesagt: *Wir schützen die Lurche und belasten die Menschen*. Deshalb waren die für Schönefeld!

Nicht, dass ich da falsch verstanden werde: Ich bin auch für Lurchenschutz. Aber es ging hier um eine Abwägung, und das ist ja das Entscheidende. Deshalb ist es schwierig, heute den Menschen klarzumachen, mit der Entscheidung für Schönefeld war die Entscheidung getroffen worden, auf der einen Seite Hunderttausende Menschen, die durch den innerstädtischen Flughafen betroffen waren, zu entlasten, aber auf der anderen Seite auch neue Menschen zu belasten in Treptow-Köpenick beispielsweise, oder in den brandenburgischen Kommunen, beispielsweise in Blankenfelde.



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Das war bekannt. Was nicht bekannt war, ist, dass sich auf einmal die Flugrouten verändern. Und da sage ich: Das, was jetzt vorgelegt worden ist, ist nicht der Weisheit letzter Schluss, denn er hat nicht zur Abwägung gehabt, dass die Menschen im Vordergrund stehen. An erster Stelle muss selbstverständlich bei der Festlegung von Flugrouten die Sicherheit stehen, das ist unabdingbar. Und wenn es einen 15-Grad-Winkel geben muss und man nicht parallel starten kann: Dann – ja, bei der Südstartbahn gibt es die Möglichkeit, das zu machen. Da entlastet man sogar Menschen in Blankenfelde. Deshalb ist dieser Vorschlag richtig! Für einen weiteren 15-Grad-Abknick in Richtung Stadt, Mahlow-Nord, Lichtenrade oder Steglitz/Zehlendorf gibt es keine technische Notwendigkeit oder eine Notwendigkeit, die in der Sicherheit begründet ist. Deshalb muss diese Abweichung weg, liebe Genossinnen und Genossen! Dafür steht der Senat, und dafür werden wir kämpfen.

Ich habe Verständnis dafür, dass Bürgerinnen und Bürger, die auch einen Vertrauensschutz jetzt geltend machen, sagen: *Wir haben uns bewusst entschieden. Wir haben uns vorher erkundigt, wo die Flugrouten sind und haben uns dann für Quartiere entschieden, wo nicht damit zu rechnen war, dass sie in unmittelbarer Nähe liegen.* Dass die jetzt sauer sind und auf die Straße gehen, liebe Genossinnen und Genossen, dafür habe ich großes Verständnis. Deshalb gehört ihnen unsere Solidarität, und deshalb kämpfen wir auch dafür, dass sich da was verändert. Und das ist der Auftrag, den wir haben und ernst nehmen!

Nur denjenigen, die glauben, jetzt wieder den Flughafen in Frage stellen zu können, müssen wir eine klare Absage erteilen. Und ich freue mich, dass Berliner Bürgerinitiativen diese Abgrenzung auch für sich selber vorgenommen haben. Sie gehen konstruktiv an die Debatte heran: *Ja* für veränderte Flugrouten, aber *Nein* für die Nichteröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg International in Schönefeld.

Es war eine heikle Situation, als mich die Bürgerinitiative Lichtenrade eingeladen hat, zur Montagsdemo zu kommen. Ich habe mich da nicht eingeschlichen, da gibt es schönere Veranstaltungen, die man sich vorstellen kann. Aber ich bin bewusst dort hingegangen, weil ich keinen Grund darin sehe, mich nicht den Bürgerinnen und

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Bürgern zu stellen. Neulich habe ich mir mal den letzten Samstag angeguckt: Da haben die Grünen ihren Parteitag verschoben, weil sie alle aufgefordert haben, in Gorleben protestieren zu gehen. Aber eine Frau war nicht dabei! Die hatte komischerweise Angst vor den Bildern! Das ist eine bigotte Politik, liebe Genossinnen und Genossen, die anderen aufzufordern, da demonstrieren zu gehen, und selber Angst vor den Bildern zu haben!

Offene Diskussion, Prüfung der besten Lösung und am Ende klare demokratische Entscheidung, darum geht es. Die Politik kann sich da nicht ausklinken und sagen: *Bürgerinnen und Bürger, macht mal!* Nein, es gibt auch das Primat der Politik, und dafür stehen wir auch: Diese Verantwortung, auch Regierungsverantwortung, wird uns keiner abnehmen.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen Beteiligung, sie wollen Partizipation. Das stellen wir sicher. Sie wollen aber nicht eine Situation haben, in der es keine Regierung gibt, weil die handlungsunfähig ist! Sie erwarten, dass die Regierung auch ihre Richtung und Vorschläge vorgibt, und das werden wir, wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft tun.

Wer Verantwortung für die ganze Stadt übernehmen und auch tragen will, der muss immer wissen: Es hilft nichts, allen alles zu versprechen, sondern man muss die Verantwortung tragen. Und das bedeutet ehrlicherweise auch, es wird nicht immer alles oder sofort alles möglich sein. Dies ist ein Unterschied im politischen Selbstverständnis. Den muss man austragen. Es gibt Leute, die mögen das vielleicht auch anders.

Aber wenn man wünscht, wie wir es tun, dass beispielsweise Umwelttechnologien und Solarparks in Berlin entstehen, dann muss man auch dafür sorgen, dass diese Güter dann auch in alle Welt exportiert werden können. Ich habe aber noch keine Lösung gehört, wie das funktionieren soll, wenn man nicht die Wege nimmt, entweder zu Wasser, zu Lande oder in der Luft. Und ich sage denjenigen, die glauben, das geht irgendwie auf einem anderen Wege: *Solarzellen hüpfen nicht aus*



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

der Fabrik aufs Dach des Ökohauses. Das hat bislang noch nie geklappt. Deshalb brauchen wir eine Infrastruktur, damit auch Ökoprodukte an die Frau und an den Mann gebracht werden können. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur von Zukunftstechnologien reden, sondern auch die Infrastruktur fördern, die ihre Entwicklung braucht. Dazu gehört manchmal eben auch ein Teilstück einer Autobahn!

Um all das finanzieren zu können, brauchen wir solide Finanzen und natürlich auch Strukturen im Haushalt. Und da sage ich: Wir haben einen schmerzlichen Konsolidierungskurs durchgeführt, und es war nicht populär, auch wenn das einige glauben.

Die Konsolidierung des Berliner Haushalts ist alternativlos. Wir hatten gute Zeiten im Jahr 2007. Da haben wir endlich mal geschafft, ohne Nettokreditaufnahme auszukommen. 2008 hatten wir durch einen Einmal-Effekt einen großen Überschuss und sind im darauffolgenden 2009 wieder in die Miesen geraten. Jetzt setzt die Erholung der Wirtschaft hoffentlich mit den neuen Wirtschaftswachstumsprognosen von mehr als 3 Prozent ein. Damit werden auch wir im Land Berlin in diesem Jahr eine Milliarde mehr einnehmen, als geschätzt war. Mit dieser einen Milliarde Euro mehr werden wir weniger Schulden aufnehmen. Die Absenkung der Nettokreditaufnahme bleibt notwendig, und es bleibt auch in den nächsten Jahren so, denn wir können es uns nicht erlauben, nur zu Lasten zukünftiger Generationen zu leben, liebe Genossinnen und Genossen! Auch das ist eine Verantwortung in einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Und damit sich das verstetigt, gilt unser Kampf natürlich zuerst den Arbeitsplätzen in Berlin, dem *Erhalt und der Erschaffung von neuen Arbeitsplätzen.* Die Wahrheit ist: Berlin hat mutig und entschlossen Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung gesetzt und auch durchgehalten. Das gilt es fortzuführen. 2001 wurden wir noch belächelt, als wir konsequent in die Kreativwirtschaft investiert haben. Heute ist Berlin Deutschlands Kreativhauptstadt mit mehr 220.000 Arbeitsplätzen in diesem Sektor. Da sind natürlich die großen Verlagshäuser dabei, aber da sind eben auch viele

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

kreative Kleinstunternehmen mit zwei, drei Mitarbeitern dabei, die weitere Arbeitsplätze schaffen.

Wir freuen uns, dass die Deutsche Grammophon von Hamburg nach Berlin gezogen ist. Und auch der Umzug von Suhrkamp von Frankfurt nach Berlin war ein Erfolg. Tut mir leid für Frankfurt, aber Suhrkamp ist in Berlin gegründet worden. Und ohne die widernatürliche Teilung dieser Stadt, ohne die Folgen des Zweiten Weltkrieges wären sie auch immer in Berlin geblieben. Auch das gehört zur historischen Wahrheit.

Wir setzen aber nicht nur auf Kreativwirtschaft und Dienstleistung, sondern auch der Umbau der Berliner Industrie ist uns ein Herzensanliegen. Wir sind Standort für Zukunftsindustrien und Technologien; Produkte von Siemens, Daimler, BMW oder Solon sind Exportschlager. Im Steuerungskreis Industriepolitik arbeiten wir mit den Gewerkschaften, den Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, damit mehr industrielle Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Ich bin für den DGB Doro Zinke dankbar und auch Christian Hossbach, und natürlich auch den Kammern und Unternehmervverbänden, dass wir gemeinsam dort versuchen, positive Dinge auf den Weg zu bringen. Wie wir wissen, ist das nicht immer ganz leicht, Interessengegensätze auszugleichen, aber diese Arbeit lohnt sich und deshalb bin ich dankbar, dass wir da an einem Strang ziehen.

In einer konzertierten Aktion haben wir innerhalb weniger Monate Berlin als Standort der Elektromobilität ins Spiel gebracht. In diesem Zukunftsfeld kann erreicht werden, dass Berlin nicht nur ein Showroom ist oder ein Testmarkt für E-Fahrzeuge. Nein, wir wollen auch die Produktion hier ansiedeln, darum kämpfen wir. Und unser Ziel ist *nicht*, wie es jüngst behauptet worden ist, eine autofreie Stadt! Wir wollen keine autofreie Stadt, liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen eine saubere Stadt im ökologischen und im nachhaltigen Sinne haben, und dazu brauchen wir neue Technologien. Und wir brauchen ein leistungsfähiges, öffentliches Nahverkehrsangebot, das eine Alternative zum Individualverkehr darstellt.

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Daimler-Chef Zetsche, der neulich auf der Konferenz im Roten Rathaus sprach – quasi ein Urenkel von Rudolf Diesel und Nikolaus August Otto – sieht in Berlin den internationalen Showroom für E-Mobility. Hoffentlich wird er sich auch dafür einsetzen, dass die Entscheidungen, die demnächst zu treffen sind, Berlin als Standort für die Produktions- und Forschungsprojekte ausweist. Wir brauchen diese Initiativen, um uns hier noch besser zu positionieren.

Berlin ist besser durch die Krise gekommen, als viele andere Städte in Deutschland. Daran haben gerade auch die Gewerkschaften ihren Anteil, weil sie eine vernünftige Lohnpolitik gemacht haben! Und sie haben mitgeholfen, dass das Instrument Kurzarbeit gewirkt hat, das Olaf Scholz verlängert hat. Und überhaupt: Es waren die *Sozialdemokratischen Minister* in der Regierung der alten Großen Koalition, die diese Krise bewältigt haben! Frau Merkel hat da überhaupt keine Antworten gehabt! Sie konnte glücklich sein, dass die Sozialdemokratie entschlossen gehandelt hat, liebe Genossinnen und Genossen, und deshalb sind wir gut durch die Krise gekommen. Nicht durch die CDU, sondern durch Olaf Scholz, durch Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück!

Und jetzt? Kaum ist die Krise wieder vorbei, lehnt sich Schwarz-Gelb zurück und macht nichts! Die Bundeskanzlerin hat es bis heute nicht geschafft, eine Regulation von Banken und Finanzmärkten wirklich auf den Weg zu bringen. Die Rettungsakte der Banken haben Milliarden gekostet und dies darf nicht folgenlos bleiben! Die Zeche sollen nach dem Willen der Bundesregierung immer die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler begleichen - und eben nicht diejenigen, die die Krise verursacht haben. Deshalb ist gerade jetzt die Zeit gekommen, den Spekulanten Einhalt zu gebieten. Die Börsenumsatzsteuer, ist eine Forderung, die liegt auf dem Tisch. Frau Merkel muss sie endlich mal umsetzen, statt sich flanierend mit Sarkozy an wunderbaren Stränden in Frankreich zeigen. Sie soll diese Steuer umsetzen und etwas tun, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt! Deshalb werden wir hier nicht nachlassen!



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Heute haben wir ein wesentliches Thema auf diesem Parteitag, die öffentliche Daseinsvorsorge: Wie können wir erreichen, dass öffentliche Betriebe ihre Arbeit gut machen? Wir bekennen uns zu unseren öffentlichen Betrieben in Berlin. Sie erzeugen einen Mehrwert für die Stadt, sie schaffen Arbeitsplätze und sind sozial orientierte Arbeitgeber, die gute Leistungen für die Berlinerinnen und Berliner bereitstellen. Und ich will, dass die BSR, die BVG und die anderen Unternehmen auch künftig ihren städtischen und sozialen Aufgaben gerecht werden und eine wichtige Stütze unserer regionalen Wirtschaft bilden. Deshalb *bekannt sich die Sozialdemokratie zu dem öffentlichen Eigentum* an den Unternehmen der Daseinsvorsorge, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will öffentliche Betriebe, die gute Arbeitsplätze bereitstellen, gute Leistungen erbringen und gleichzeitig aber auch betriebswirtschaftlich erfolgreich sind – dieser Nachsatz ist für die Sozialdemokratie ja leider nicht immer selbstverständlich gewesen. Ja, sie müssen betriebswirtschaftlich erfolgreich sein, und deshalb stehen wir zu unseren Betrieben, und deshalb haben wir sie nach und nach zu modernen und erfolgreichen Unternehmen weiterentwickelt. In den vergangenen Jahren hatten manche unserer Unternehmen riesige Defizite aufgebaut. In den meisten Unternehmen sind sie in ein großes Plus umgewandelt worden, weil sie einen strikten Modernisierungsprozess eingeleitet haben. Ich will auch nicht zurück in eine Zeit, wo öffentliche Betriebe der Inbegriff von Ineffizienz waren. Liebe Genossinnen und Genossen, das darf nicht passieren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Rahmenbedingungen gesetzt, die zu erfolgreichen öffentlichen Unternehmen geführt haben. Bei allem, was heute hier beschlossen wird, dürfen wir dies nicht aus den Augen verlieren.

Denn wir nehmen das öffentliche Eigentum nur treuhänderisch für die Berlinerinnen und Berliner wahr. Und dann kann es eben nicht sein, dass die Unternehmenspolitik darauf beschränkt ist, entweder immer wieder die Gebühren zu erhöhen, oder sich die Defizite vom Eigentümer begleichen zu lassen. Das werden dann der Steuerzahler und die Steuerzahlerin zu Recht nicht mitmachen. Betriebe in



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

öffentlicher Hand haben nur dann eine Berechtigung, wenn Sie eine gute Leistung abgeben zu einem bezahlbaren Preis.

Das ist eine Herausforderung, liebe Genossinnen und Genossen, das kommt nicht von allein. Dafür muss die Sozialdemokratie stehen, hier müssen unsere Aufsichtsräte, unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien dafür Sorge tragen, dass auch die Betriebswirtschaftlichkeit und die Effizienz ihre Berechtigung haben, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist alternativlos!

Ich glaube, wir haben einen Konsens, ohne dass wir ihn abstimmen müssen: *Die SPD wird in naher Zukunft keine Privatisierung mitmachen.* Warum ist das so? Erstens: Wir konzentrieren uns auf die Bereiche, in denen eine öffentliche Aufgabe wahrgenommen werden muss oder in denen mit öffentlichen Unternehmen ein Korrektiv da sein muss, um nicht die Preisgestaltung allein den Privaten zu überlassen.

Aus meiner Sicht haben wir in Vergangenheit Privatisierungen gemacht, die durchaus erfolgreich waren, aber andere waren eben überhaupt nicht erfolgreich. Eine Thema ist hier angesprochen worden: der Bereich Wasser. Dieser Landesparteitag hat die Teilprivatisierung beschlossen. Doch, dieser Landesparteitag. So wesentlich hat er sich nicht verändert, schon gar nicht im Denken. Das hat damals schon viele Diskussionen gegeben. Auch damals war klar: eine Vollprivatisierung kommt nicht in Frage. Da hat dieser Parteitag einen Stopp gesetzt, und deshalb kam nur die Teilprivatisierung. Aber durch das Bestreben, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen, ist eine Gewinnerwartung nicht nur artikuliert worden, sondern sie ist zementiert worden. Und das war der Preis für den Preis, den man bekommen hat. Das kann man heute falsch finden, das ist aber jetzt nicht automatisch ein Vorwurf an diejenigen, die gekauft haben. Das war ja kein Geheimnis. Das war auch damals bekannt.

Ich bin zufrieden, dass wir jetzt erreicht haben, dass die Wasserverträge offiziell veröffentlicht werden konnten. Wir haben dafür das Informationsfreiheitsgesetz



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

verändert, um das auf einem anderen Wege als der Nichtfreiwilligkeit durchsetzen zu können. Das hätte aber noch ein paar Monate gedauert, und selbstverständlich hat die Bewegung vor allem bei RWE damit zu tun, dass hier die Bürgerinnen und Bürger durch Unterschriftsleistung gezeigt haben, was sie erwarten, Genossinnen und Genossen. Wir haben nichts zu verbergen gehabt, und deshalb freue ich mich, dass es diese Woche doch gelungen ist, die Zustimmung zur Offenlegung der Verträge von den beiden privaten Teileigentümern zu bekommen.

Das ist ein Erfolg und, wie Michael es zu Recht gesagt hat: Wir bewerten das als deutliches Zeichen dafür, dass die Menschen verstanden haben, dass es Güter in dieser Stadt gibt, die eben nicht dem Wettbewerb unterliegen dürfen – wie beispielsweise Wasser! Dass sie sich dafür einsetzen und dafür kämpfen, dass Wasser ein hohes Gut ist und deshalb bezahlbar bleiben muss und eben nicht den Renditeinteressen unterliegen darf, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Offenlegung der Verträge ist ein Teilerfolg. Jetzt kann auch jeder nachgucken und wird auch schnell feststellen, da ist nichts irgendwo drin, was noch nicht bekannt war. Aber das wird nicht der letzte Schritt sein. Wir wollen eine Veränderung, eine Anpassung dieser Verträge erreichen. Und das können wir hier nicht beschließen, das ist ein privatrechtlicher Vertrag und der muss beidseitig geändert werden. An dieser Stelle sage ich ganz deutlich an die Adresse der Miteigentümer: Die Diskussionen werden nicht zu Ende gehen, wenn da keine Anpassungen kommen. Und der nächste Hinweis an die Miteigentümer ist: Ich kann verstehen, dass man genervt ist von der Debatte in Berlin. Doch es gibt eine ganz einfache Methode, dies zu beenden: Erklären Sie sich bereit, sich von Ihren Anteilen zu trennen. Berlin wird dann ernsthaft prüfen, wie wir sie erwerben können, liebe Genossinnen und Genossen.

Bei aller Diskussion – auch in den folgenden Anträgen über Rückkäufe oder das Halten von Beteiligungen – muss eines immer im Vordergrund stehen: Wir müssen beantworten, was wir mit einem Unternehmen in öffentlicher Hand erreichen wollen. Was können wir besser tun als ein Privater? Und in welcher Konstellation? Es ist kein



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Selbstzweck, öffentliches Eigentum zu haben, sondern es muss mit Leben, mit einem Zweck erfüllt werden. Und dieses Leben, dieser Zweck muss zur Folge haben, dass die Mieterin und der Mieter nicht nur den Eindruck haben, sondern die Erkenntnis gewinnen, dass beispielsweise ein öffentliches Wohnungsunternehmen ein besserer Vermieter, besser in die Substanz investiert und doch die Mieten bezahlbar hält. Genossinnen und Genossen, sonst macht das alles keinen Sinn.

Für Berlin liegen mir besonders die Zukunftschancen junger Menschen am Herzen. Berlin braucht mehr ausgebildete Fachkräfte, ganz Deutschland braucht mehr ausgebildete Fachkräfte – Hannelore hat schon darauf hingewiesen. Wenn ich Betriebe besuche, höre ich oft genug die Klagen über den Fachkräftemangel, über schlecht vorbereitete Schüler und Schülerinnen, die in die Betriebe kommen. Und ich frage dann: *Ja, wie ist denn eigentlich ihre Ausbildungsquote?* Man wird dann immer erleben, dass in kleineren Betrieben die Ausbildungsquote bei 10 bis 15% liegt, weil es da Eigentümer gibt, die noch wissen, dass sie selbst eine gute Ausbildung erhalten haben. Das haben die nicht vergessen. Es mag zwar altmodisch klingen, aber deshalb kümmern sie sich um die Jugendlichen. Sie kümmern sich sogar um Jugendliche, die mit dem ersten Eindruck nicht gerade die Strahlmänner und -frauen sind, sondern die vielleicht sogar Probleme haben, weil sie wissen, wie es in ihrer Jugend im Ausbildungsbereich war. Mein großes Kompliment an die kleinen und mittleren Unternehmen, die über Quote ausbilden! Ohne dieses Engagement sähe es viel, viel schlechter aus!

Aber ich komme auch in Großunternehmen. Und da stellt man fest: Die Ausbildungsquote liegt unter 5%! Und wenn man dann noch manchmal fragt: *Ja, wo sind denn eigentlich die Auszubildenden mit Migrationshintergrund?*, dann hat man dort oft schon Schwierigkeiten. Und da sage ich: Das muss ein Ende haben! IHK, Handwerkskammer und Unternehmerverband können nicht auf jedem Verbandstag den Fachkräftemangel beklagen! Ja, liebe Genossinnen und Genossen, dafür sitzen wir auch in dem Steuerungskreis zusammen - Doro, Christian und andere -, und wir fordern ein, dass die Unternehmen, die Verbände selber etwas tun. Denn wenn sie nicht ausbilden und wenn sie nicht die Ausbildung verändern, dann wird es in der Tat



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

so sein, dass irgendwann keiner mehr zur Verfügung steht. Aber es ist Aufgabe der Unternehmen, etwas zu tun, und nicht immer nur nach dem Staat zu schreien.

Selbstverständlich haben wir das in den letzten Jahren ergänzt mit staatlichen Maßnahmen, mit den so genannten Schleifen. Die sind aber auch nicht so wertvoll, selbst wenn sie gut arbeiten, wie eine duale betriebliche Ausbildung. Ich sage den Unternehmen auch immer: *Wenn ihr euch aufregt, dass die Schüler, die da kommen, selbst mit einem Realschulabschluss nicht mehr lesen, rechnen und schreiben können, wie ihr es erwartet, dann geht doch bitte auch selber in die Schulen. Bildet Partnerschaften mit den Schulen, damit ihr eure Erwartungshaltung dokumentieren könnt und vor Ort zeigt, was zukünftig notwendig ist in einem Betrieb. Sprecht doch miteinander! Helft euch gegenseitig, auch im eigenen Interesse, nicht nur aus Wohlfahrtsgründen, gerade wenn die Konkurrenz wächst und ein Kampf um die Arbeitskräfte entsteht.* Also Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen – auch deshalb wollen wir einen Pakt für mehr industrielle Ausbildungsplätze, wo genau das mit drin ist.

Wir müssen auch sehen, dass sich die Berufsschulen für die Zukunft fit machen. Auch das, was dort gemacht wird, weist manchmal Diskrepanz zum betrieblichen Alltag auf, höre ich von den Unternehmen. Aber auch da genau dasselbe: Die müssen sich austauschen und miteinander arbeiten, und zwar nicht erst, wenn alles zu spät ist, sondern im alltäglichen Prozess. Denn wir wollen in Berlin daran arbeiten, die besten Berufsschulen und die besten Fachkräfte zu haben. Das ist das beste Fundament für Zukunftsfähigkeit!

Wir hatten eine große Debatte über die Neusätze beim ALG II, ausgelöst durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es hat lange gedauert, bis Frau von der Leyen die Katze aus dem Sack gelassen hat. Und was dann kam, war eine absolute Mogelpackung. Das hat mit einer bedarfsgerechten Berechnung überhaupt nichts zu tun! Schwarz-Gelb hat so lange gerechnet, bis man auf einen Substandard gekommen ist, liebe Genossinnen und Genossen. Und die 5,- Euro klingen ja fast wie Hohn! Trotzdem – machen wir uns nichts vor – ist es gar nicht so unpopulär,

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

dass da nicht mehr erhöht wird. Die Reaktion der Öffentlichkeit, die Reaktion vieler Menschen, die in Arbeit sind, war nicht: *Das ist ja unerhört!* Teilweise war eine andere Reaktion zu vernehmen: Da ging es um das Lohnabstandsgebot und dass derjenige, der Arbeiten geht, auch mehr erhalten muss als derjenige, der nicht arbeiten geht. Dieses Prinzip ist überhaupt nicht falsch. Aber es kann nicht so definiert werden, dass immer etwas nach unten gedrückt wird, und zwar auf beiden Seiten: Die Niedriglöhne werden noch weiter gedrückt, und damit die Transferleistungen auch! Das ist menschenunwürdig, liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein riesiger Betrug an Millionen von Menschen in unserer Republik!

Wie viele Milliarden werden ausgegeben dadurch, dass man aufstocken muss, dass neben der Diskriminierung, neben der Menschenverachtung, die arbeitenden Menschen zum JobCenter rennen müssen, um eine Aufstockung zu bekommen? Dass sie sich gedemütigt fühlen, weil sie den ganzen Tag gearbeitet haben, aber davon nicht leben und ihre Familie nicht ernähren können? Das ist eine absolute Demütigung! Das hat auch nichts mit Links und Rechts zu tun. Das muss ein anständiger Mensch verhindern, dass so etwas passiert, liebe Genossinnen und Genossen. Und deshalb sind Löhne von 3,50 und 4,50 Euro ein Frevel! Und dies nicht, weil wir ideologisch sind.

Selbst aus ökonomischer Sicht ist das ein Schwachsinn! Es kostet erstens den Steuerzahler viel Geld, und zweitens sind das die Löcher, die nachher in die Rentenkasse gerissen werden, weil ja nichts eingezahlt wurde. Deshalb werden wir nicht nachlassen, den gesetzlichen Mindestlohn zu fordern. Dies nicht, weil wir das als Instrument gut finden, sondern wir wollen anständige und gerechte Löhne haben! Wir wollen auch keine Mindestlöhne haben, sondern höhere Löhne als Mindestlöhne! Aber das Minimum muss gesetzlich geregelt werden, damit den Dumpinglöhnen ein Riegel vorgeschoben wird. Und das werden wir durchkämpfen!

Wir haben mit dem Berliner Vergabegesetz einen Anfang gesetzt, aber wir brauchen so etwas bundesweit, da ist noch viel zu tun. Und dass in 23 oder noch mehr



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

europäischen Ländern ein gesetzlicher Mindestlohn funktioniert, spricht doch für sich: Da gibt es konservative Regierungen für die ist das selbstverständliche und gerecht, denn so viele sozialdemokratische Regierungen haben wir leider in Europa nicht. Das kann doch nicht eine ideologische Sperre nur in Deutschland sein, die die Menschen um ihren verdienten Lohn bringt!

Hannelore hat es gesagt: Die Gesundheitsreform – ein Skandal! Auch hier dasselbe! Wir haben erst gedacht, die machen gar nichts, diese Bundesregierung. Als die größte Nichtregierungsorganisation wurde sie öffentlich verspottet. Jetzt machen sie aber was. Und zwar genau das falsche. Auch das muss man sich mal vorstellen: Der Konsens in dieser Republik – die soziale Marktwirtschaft – hat unter anderem auch dadurch über Jahrzehnte funktioniert, unter Adenauer, Erhard und Kohl, weil es einen Ausgleich gegeben hat zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Einer dieser Konsense war, dass die Krankenversicherung von beiden Seiten zu gleichen Teilen getragen wird. Das ist jetzt aufgegeben worden, die Kopfpauschale eingeführt worden, liebe Genossinnen und Genossen, und wir werden demnächst auf der Straße erkennen können, wer Privatpatient und wer Kassenpatient ist. Das ist einer reichen Industriegesellschaft wie der Bundesrepublikanischen nicht würdig! Dagegen muss es einen größeren Aufstand geben, als er sich bislang zeigt. Genossinnen und Genossen, es ist unsere Aufgabe, hier in den nächsten Wochen die Menschen zu informieren und den Protest zu stärken!

Es war wenig darüber zu hören in der letzten Woche, und das bei einem Thema, bei dem mindestens 80% der Bevölkerung bei Umfragen zu diesem Thema immer wieder sagen, das ist absolut ungerecht! Und Gesundheit ist ein Thema, das alle angeht, selbst die, die heute noch gesund sind. Auch die können mal krank werden, und insofern ist das zutiefst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und die müssen wir in die richtige Lage bringen. Hier haben wir zurzeit eine absolute Schiefelage.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Markenzeichen ist soziale Gerechtigkeit. Wir wollen das Miteinander in Berlin stärken. Die SPD steht für die soziale Stadt, für Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik, sie sind bei uns eng verzahnt. Jetzt, da sich



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

die Erfolge einstellen, da kürzt Schwarz-gelb die Mittel für den Stadtumbau und stellt immer noch nicht ausreichend Geld für die Sprachförderung zur Verfügung. Da ist das ganze Maß unsozialer Politik sichtbar und da nutzt es nichts, dass die Bundeskanzlerin jüngst zum 4. Integrationsgipfel ins Kanzleramt eingeladen hat. Sie sollte nicht das Geld ausgeben für die Gipfel, sondern für die Sprach- und Städtebauförderung. Da wird praktische Integration ermöglicht!

Wir haben mit unserem Quartiersmanagement gezeigt, dass es sich lohnt, Quartiere, die entweder schon gekippt sind, oder die zu kippen drohen, zu stabilisieren. Das führt im Übrigen zu der nächsten Diskussion, der Gentrifizierung: Da erleben wir jetzt Anschläge auf Quartiersmanagementbüros. Liebe Genossinnen und Genossen, auch da müssen wir aufpassen. Wir arbeiten daran, dass die Quartiere sich verbessern. Die können sich nicht verbessern, wenn nichts unternommen wird. Das funktioniert nicht. Und deshalb gehört unsere Solidarität den Quartiersmanagerinnen und –managern vor Ort. Die müssen doch denken, sie ticken nicht richtig. Die arbeiten den ganzen Tag daran, dass ein Quartier wieder eine vernünftige Mischung bekommt, und dann werden die attackiert! Bis hin zu körperlichen Übergriffen! Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen, da gilt unsere Solidarität.

Aber selbstverständlich setzt sich die Sozialdemokratie dafür ein, dass es Grenzen gibt von Mieterhöhungen bei Neuvermietung und bei Instandsetzungsmaßnahmen. Deshalb haben wir eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Hoffentlich kriegen wir sie durch. Ich weiß das nicht, ob das gelingt, weil in den Flächenländern zum Teil eine andere Situation vorherrscht mit einer hohen Eigentumsquote und einer anderen Mietsituation. Aber wir werden nicht nachlassen, für Stabilität zu kämpfen. Daher brauchen wir unter anderem unsere öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, damit auf dem Wohnungsmarkt ein Kontrapunkt gesetzt werden kann zu den Gewinninteressen privater Vermieter. Die SPD in Frankfurt hat gerade gefordert, dass da 100.000 neue Wohnungen gebaut werden sollen, weil der Wohnungsmarkt total durcheinander gekommen ist. Und auch bei uns wird es wieder Zeiten geben, wo es kein breites Angebot mehr gibt. Deshalb

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

müssen wir aufpassen und rechtzeitig durch neuen Wohnungsbau gegensteuern. Auch das gehört zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt.

Das bedeutet auch, dass wir selber dort, wo wir Maßnahmen beschließen – Gesetze oder andere Dinge -, aufpassen müssen, dass Mietsteigerungen nicht von uns provoziert werden, auch nicht im Namen einer vermeintlich guten Sache. Und deshalb tun wir uns so schwer mit dem Klimaschutzgesetz. Wir sind eindeutig für die energetische Sanierung der Gebäudebestands. Wir wollen, dass investiert wird. Wir wollen, dass wir eine radikale CO₂-Reduktion in dieser Stadt erreichen. Das geht im Wesentlichen über den Verkehr und die Gebäude. Wir sind stolz darauf, die Werte um 40% reduzieren zu wollen, und wir haben schon über 20% geschafft, und dürfen nicht nachlassen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wenn ein neues Gesetz vorbereitet wird, dann muss doch die Frage gestellt werden, was das für die Mieterinnen und Mieter bedeutet! Und da hat mir noch keiner erklärt, dass bei Gegenrechnung aller Einsparungen unter den derzeitigen Umlagebedingungen weniger als 1 Euro Mietsteigerung pro Quadratmeter heraus kommt. 1 Euro kostet der Quadratmeter mehr, gesetzlich völlig legal umzulegen auf die Mieterinnen und Mieter. Und das werden die Vermieter auch tun, liebe Genossinnen und Genossen! Deshalb müssen wir da sehr sorgsam sein. 1 Euro, das mag wenig klingen, aber für eine 70-Quadratmeter-Wohnung sind das zusätzlich 70 Euro jeden Monat, das muss man sich mal vorstellen! Das können viele nicht bezahlen. Und deshalb muss man den Check vorher machen und nicht erst das Gesetz beschließen. Die SPD, liebe Genossinnen und Genossen, wird nicht zulassen, dass es solche Mietsteigerungen gibt!

Und trotzdem werden wir nicht einfach *Nein* sagen, sondern werden miteinander nach Alternativen suchen und sie auch finden: mit entsprechenden Programmen bei der Investitionsbank oder durch den Einsatz von Kapital bei den Wohnungsbaugesellschaften, so ein deutlicher Impuls gesetzt wird und natürlich Anreize für Private geschaffen werden, trotzdem in die energetische Sanierung zu investieren. Aber ohne, dass das automatisch 1:1 umgelegt werden kann auf die



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Mieterinnen und Mieter. Auch das ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung für einen Mietenmarkt in Berlin, der nicht explodieren darf.

Die SPD will den sozialen Aufstieg in Berlin stärken. Das geht zuerst durch mehr und bessere Bildung. Wir unterstützen Einstiege und Aufstiege durch die Bildungsreform, mit der künftig alle Schülerinnen und Schüler auf ihrer Schule ein Abitur erreichen können, und noch mal: Wir garantieren die gebührenfreie Bildung. Wir fördern das duale Lernen als Grundvoraussetzung für soziale Integration. Und ja: Teilhabe und Integration für alle, das ist der Kern eines neuen Miteinanders in Berlin. Ich habe in den Diskussionen der letzten Wochen den Aufstand der Anständigen vermisst, wenn selbst Intellektuelle auf die unglaublichen Entgleisungen Thilo Sarrazins nicht reagieren, oder so reagieren, dass sie ihn sogar noch unterstützen, dann ist etwas falsch gelaufen in unserer Republik, liebe Genossinnen und Genossen.

Wer wundert sich dann, wenn Islamfeindlichkeit und Rechtspopulismus heute wieder hoffähig sind? Und das Plakat bei der NPD-Zentrale: *Sarrazin hat Recht* spricht Bände. Dasselbe Plakat habe ich in Tirschenreuth gesehen, wo Neonazis eine Veranstaltung gestört haben. Ich glaube nicht, dass Thilo Sarrazin dies wollte. Aber Geister werden auch mal gerufen, ohne dass man das wollte. Und es ist doch völlig klar, dass immer mehr Menschen sich trauen, Tabus zu brechen nach dem Motto: *Der Banker hat es doch auch getan*. Und so erhalten wir Berichte, wie Menschen, die nicht ganz mitteleuropäisch aussehen, in der U-Bahn und anderen öffentlichen Bereichen angepöbelt werden unter Bezugnahme auf diese Geister. Das ist die Gefahr, die da ist! Die hat es immer latent gegeben, aber es gab doch zumindest einen breiten Konsens in unserer Gesellschaft, dass man das nicht zulässt! Und ich lasse mir nicht einreden, dass derjenige falsch ist, der sagt: *Political Correctness für Führungspersönlichkeiten ist die richtige Antwort darauf*. Es kann doch nicht wahr sein, dass unkorrektes Verhalten auf einmal in einer demokratischen, offenen Gesellschaft goutiert wird.

Ich lasse mir auch nicht einreden, dass hier einige undifferenziert sagen, die Integration in Deutschland ist gescheitert. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

ein Schlag ins Gesicht von Millionen von Menschen, die sich angestrengt haben, hier integriert zu werden, und ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die hier die Arme geöffnet haben und eine Willkommenskultur aufgebaut haben, damit Menschen sich hier integrieren können.

Wir haben das neulich bei einem Treffen mit Migrantinnen und Migranten wieder einmal erlebt: Alles, was da saß, war gelungene Integration. Aber die Menschen haben mir auch gesagt: *Herr Wowereit, glauben Sie nicht, dass das einfach war. Glauben sie nicht, dass wir nicht genügend Wunden und Narben haben, weil eben nicht alles so lief. Wir hatten eine gute Ausbildung, aber die ist nicht anerkannt worden. Wir mussten mit unserem akademischen Abschluss darum betteln, noch irgendeinen Job zu bekommen im Niedriglohnbereich, oder wir haben gar keinen Job bekommen. Wir sind angefeindet worden. Es gab nicht überall diese Willkommenskultur und trotzdem wollten wir den Aufstieg. Wir wollten ankommen. Und heute sagt man uns: „Du bist hier nicht erwünscht, du kannst nach Hause gehen!“* Und diesen selben Menschen sagen wir: *Ihr müsst euch integrieren, ihr habt euch zu assimilieren.* Das kann doch nicht die Antwort sein! Wir müssen doch gemeinsam, miteinander eine Zukunft für alle gestalten. Und wenn die Bundeskanzlerin sagt: *Multikulti ist gescheitert*, dann benutzt sie das als Diffamierung gegenüber den Menschen, die sagen, Interkulturalität, Vielfalt ist die Zukunft in unserer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb ist Multikulti nicht gescheitert. Das ist Wirklichkeitsverweigerung, was die Kanzlerin macht! Wir leben in einer Gesellschaft, wo unterschiedliche Kulturen zusammenkommen.

Selbst wenn man die Grenzen zumachen und alle rauskriegen würde, würde die deutsche Kultur nicht unbeeinflusst bleiben. Das haben selbst die Chinesen im Zeitalter des Internet nicht geschafft. Kann das nicht mal irgendwann in die Köpfe hinein gehen? Kann man nicht irgendwann mal Realität zur Kenntnis nehmen? Und was dabei herausgekommen ist, dass man sich jahrzehntelang geweigert hat, Deutschland als ein Zuwanderungsland anzuerkennen, das sehen wir doch durch die verfehlte Integrationspolitik der Kohl-Regierung. Das ist doch der Fehler, der



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

gemacht wird: die Realität nicht zur Kenntnis zu nehmen – die Gesellschaft ist kein statisches Gebilde. Deshalb müssen wir hier deutlich Flagge zeigen.

Das mag im Moment unpopulär sein, und ich kriege natürlich meine Schlagzeilen eher, wenn ich draufhauere und nur noch polemisiere. Ich wurde gefragt: *Herr Wowereit, warum kommen Sie eigentlich in den Zeitungen nicht so oft vor? Da gibt es in der Debatte nur zwei Namen, die immer wieder vorkommen.* Da habe ich gesagt: *Das sind dieselben, die nicht darüber schreiben, wenn wir eine Zukunftswerkstatt machen, wenn wir Integrationsprojekte machen.* Diejenigen, die nicht täglich darüber berichten, stellen diese Frage ganz einfach deshalb, weil man heute offensichtlich mit einer differenzierten Position nicht mehr durchdringt. Und da ist der Fehler! Nicht von Buchautoren, sondern von anderen, die die Skandalisierung erst ermöglichen! Auch die sollten sich mal fragen, was sie eigentlich falsch gemacht haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Und das heißt nicht, dass man Probleme ignoriert. Hier sitzen so viele im Saal, die haben Jahrzehnte immer wieder daran gearbeitet, Probleme zu lösen. Wir können ja über die besten Konzepte streiten, warum nicht? Und selbstverständlich ist nicht alles gelungen. Dann muss man daran arbeiten. Das ist ein schwerer Brocken. Übrigens: Wenn Deutsche ins Ausland gegangen sind, ist das ganz überraschend: die haben meistens in einem Quartier zusammengewohnt. Unsere Jeckes in Tel Aviv, die machen heute noch gymnastische Übungen dort, wo kein Israeli ins Wasser gehen würde. Ich war gerade in Djakarta, da haben die Deutschen Oktoberfest gefeiert. Ganz komisch! Das finden wir auch noch nett, bloß hier darf keiner mehr an seine Vergangenheit erinnern oder sie gar pflegen. Liebe Genossinnen und Genossen: Menschen, die in einem anderen Kulturkreis groß geworden sind, die eine andere Religion haben, müssen das nicht vergessen. Die können das auch gar nicht vergessen. Warum auch?! Das Menschenrecht und die Grundrechte gelten nicht nur für hier Geborene, sondern für alle Menschen, die hier leben, liebe Genossinnen und Genossen.



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Natürlich dürfen wir nicht zulassen, dass junge Menschen nicht mehr am Unterricht teilnehmen, dass der Schwimmunterricht gemieden wird oder dass Religion als Deckmantel für Diskriminierung genutzt wird, oder gar zur Rechtfertigung krimineller Auseinandersetzungen. Selbstverständlich muss da eingeschritten werden! Auf jeden Fall. Das wird nicht geduldet und darf auch nicht geduldet werden. Wir müssen auch einfordern, dass ein Aufstiegszweig sich Bahn bricht und dort, wo er nicht mehr da ist, sowohl bei den Deutschen, als auch bei den Nichtdeutschen – das ist gar kein Unterschied -, da muss dieser Aufstiegszweig geweckt werden, aber nicht durch Sanktionen, sondern durch Hilfestellungen. Das muss die solidarische Antwort sein.

Und eines sage ich ganz deutlich: Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Wir wollen, dass Menschen aus der ganzen Welt in unsere Stadt kommen, natürlich am liebsten die künftigen Nobelpreisträger. Das wird jedoch nur funktionieren, wenn diese Stadt eine Haltung hat; wenn diese Stadt nicht in Sonntagsreden eine Solidarität predigt, sondern tagtäglich diese Haltung beweist und Demokratie praktiziert in dem Sinne, dass der andere akzeptiert und nicht nur respektiert wird, akzeptiert wird in seiner Unterschiedlichkeit, nämlich derjenige, der eine andere Religion, eine andere Hautfarbe, eine andere sexuelle Orientierung oder eine andere Lebensweise als die Mehrheitsgesellschaft hat. Sie alle müssen respektiert werden, das ist gesellschaftliches Miteinander!

Und falls sich jemand keine Gedanken darüber macht: Man kann ganz schnell zu einer Minderheit gehören. Da hatten wir diese merkwürdige Debatte, als auf einmal deutsche Schüler von Migranten angepöbelt worden sind von Migranten, die in der Mehrheit waren an einer Schule. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, zu Recht gab es da einen Aufschrei. Aber dieselben, die hier schreien, müssen natürlich auch dann schreien, wenn Migranten angepöbelt werden! Dann ist das in Ordnung, egal wo Diskriminierung passiert! Menschenrechte sind unteilbar, dafür steht die SPD. Und deshalb streiten wir für eine offene, eine liberale Gesellschaft.

Ich habe vor Jahren gesagt, Berlin sei arm, aber sexy. Das war lange in Vergessenheit geraten, weil ich das in London gesagt hatte. Irgendwann hat das mal



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

jemand rausgeholt im Wahlkampf und wollte mir damit eins reinwürgen. Komischerweise wussten die Menschen, die ein bisschen nachgedacht haben, genau, was ich damit sagen will. Auf der ganzen Welt haben die Menschen das verstanden, dass diese Stadt, was das Geld angeht, nicht mit London oder Paris mithalten kann – auch nicht mit München oder Hamburg -, dass diese Stadt aber etwas hat, was man mit Geld nie kaufen kann: eine Ausstrahlung, eine Anziehung, eine Wildheit und auch eine Schönheit, wie wir es in dieser Kombination nicht noch einmal auf dieser Welt finden. Und das bedeutet, sexy zu sein!

Wir haben in den letzten Jahren hart daran gearbeitet, dass wir nicht mehr ganz so arm sind. Ob wir jemals reich werden, weiß ich nicht. Reich an Geld war Berlin nie, aber reich an Ideen, reich an Kreativität, reich an zupackenden, hart arbeitenden Menschen aus aller Welt, reich an Chancen, an Humor, an guter Bildung, und reich an einer einzigartigen Kultur. Das war Berlin immer und das muss auch so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen. Insofern ist Berlin reicher geworden in den letzten Jahren, und sexy bleiben wir sowieso, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Berlinerinnen und Berliner. Das lassen wir uns nicht abnehmen!

Doch Vorsicht: Die Stadt ist nach wie vor eine Stadt der Gegensätze. Deswegen lassen wir nicht nach in unserem Kampf gegen die soziale Spaltung und für den Zusammenhalt der Stadt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen Verantwortung für ganz Berlin: für Lichtenberg, für Neukölln, den Prenzlauer Berg und Spandau – und die anderen natürlich auch, für die Kieze in dieser Stadt. Neukölln, Heinz [Buschkowsky], habe ich sogar schon zweimal erwähnt. Am Mittwoch komme ich zum *Staatsbesuch* nach Neukölln, da können wir uns beide freuen. Der letzte Bezirksbesuch, das haben wir uns aufgehoben bis zum Schluss, Heinz. Wir werden interessiert sein, was du uns zeigst. Wenn wir den Regierungsauftrag wieder erhalten wollen, wenn wir weiter sozialdemokratische Gerechtigkeitspolitik für die ganze Stadt umsetzen wollen, dann geht das nur im Rahmen einer Geschlossenheit. Und Geschlossenheit heißt nicht Denkverbot und auch nicht Artikulationsverbot, sondern Geschlossenheit heißt, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Dies nicht aus Eigeninteresse, nicht für Klaus Wowereit,

Klaus Wowereit

Regierender Bürgermeister von Berlin
und stellvertretender Parteivorsitzender



Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. November 2010

Michael Müller oder die anderen Kandidatinnen und Kandidaten, sondern an einem Strang ziehen für ein besseres Berlin, für eine Zukunftsfähigkeit dieser Stadt! Deshalb brauchen wir eine Sozialdemokratie, eine Politik für die ganze Stadt.

Setzen wir darauf, dass niemand zurückbleibt und Arbeit für alle geschaffen wird. Setzen wir auf die Kraft des sozialen Zusammenhalts. Setzen wir auf die Idee einer Stadt, die offen und kreativ ist. Bauen wir weiter an einer Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen. Wir kämpfen für das soziale Miteinander.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst euch nicht irritieren. Schaut nicht so sehr auf die anderen - Parteien. Wir können stolz sein auf das, was wir geleistet haben in harter Arbeit für diese Stadt. Unsere Leistungsbilanz lässt sich sehen, und wir werden gemeinsam und geschlossen in die nächsten Herausforderungen gehen. Es wird nicht leicht werden, macht euch nichts vor. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit ganzer Kraft unseren Beitrag dazu leisten werden, dass wir gemeinsam etwas für diese wunderbare Stadt Berlin zu erreichen.

Liebe Berlinerinnen und Berliner, die Sozialdemokratie steht zu dieser Stadt, für die ganze Stadt, und wir sind die Berlinpartei. Das wird sich in Zukunft auch weiter beweisen.

Schönen Dank für eure Aufmerksamkeit!